

Diktatur der Demografen

Wie mit der alternden Gesellschaft Politik gemacht wird

Darauf hat die Welt gewartet: In der Schweiz gibt es jetzt eine i-Phone-Klinik – mit i-Apotheke, i-Behandlungszimmer und natürlich einem i-Operationsaal. Schließlich braucht auch das geliebte Smartphone mal eine Therapie. Und nach allem, was man hört, laufen die Geschäfte im i-Hospital prächtig.

Und wie geht es den gestressten, ausgebrannten Opfern der digitalen Dauererreichbarkeit? Von der gedankenlosen Großzügigkeit, mit der Geld für Statutssymbole wie Autos, Reisen und eben Handys ausgegeben wird, können sie und alle anderen Patienten zumindest in Deutschland nur träumen. Für Gesundheit, die doch angeblich unser höchstes Gut ist, geben wir tendenziell immer weniger aus – während wir uns andere Lebensbereiche immer mehr kosten lassen.

Denn seit der Wiedervereinigung ist das Nationaleinkommen der Deutschen zwar um 30 Prozent gestiegen, sprich das Land ist um 30 Prozent reicher geworden. Doch von diesem neuen Reichtum kommt im Gesundheitswesen (ebenso wie in der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung) nur wenig an: Die Ausgaben für unsere Gesundheit sind nicht etwa auch um 30 Prozent gestiegen – wie es das gewachsene Volkseinkommen ja zugelassen hätte, sondern sie verharren seit Jahr und Tag bei etwa zehn Prozent unserer Einnahmen.

Absolut sind die Gesundheitskosten damit natürlich größer geworden, aber von dem zusätzlich vorhandenen Geld bekamen Patienten, Ärzte und Kliniken kaum etwas ab. Von der immer wieder bemühten Kostenexplosion im Gesundheitswesen kann jedenfalls keine Rede sein.

Nun könnte man argumentieren, dass es eben eine stille gesellschaftliche Übereinkunft gibt, nach der es angemessen und richtig ist, jeden zehnten Euro in die Gesundheit zu investieren. Und dass die diversen Kostendämpfungsrounden der vergangenen Jahre diese Vereinbarung eben doch nicht so erfolglos, wie immer behauptet wird, umgesetzt haben.

Doch dem ist vermutlich nicht so. Die Geiz-ist-geil-Mentalität im Gesundheitswesen hat ganz

andere Hintergründe, die wenig mit einer wie auch immer ausgehandelten Abmachung zu tun haben, dafür aber sehr viel mit der „Diktatur der Demografen“. Denn kaum ein anderer Mythos hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Koordinaten der Sozialpolitik derart nachhaltig verschoben wie der von den immer älter und damit immer teurer werdenden Deutschen.

Mit diesem Glaubenssatz wurde die angeblich heraufziehende Unfinanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung ebenso begründet, wie die „alternativlose“ Privatisierung von Rente und Pflege oder der Zwang zu immer kürzeren Ausbildungszeiten. Das Gerede von den „aussterbenden Deutschen“ ist inzwischen Allgemeingut geworden und kaum noch ein Politiker kommt ohne ein paar markige Sätze zum Thema „Generationengerechtigkeit“ aus.

Wer sich gegen die allgemeine demografische Panikmache wehrt, wie die Professoren Gerd Bosbach von der Fachhochschule Konstanz oder Ernst Kistler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie, bleibt meistens ungehört. Die beiden Experten stellen zwar nicht die Alterung der Gesellschaft an sich infrage, wohl aber die von interessierten Kreisen behaupteten dramatischen Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme.

Warum, fragt Bosbach beispielsweise, wurde bei den Betrachtungen, die für das Jahr 2050 den demografischen Super-GAU voraussagen, so getan, als würden die Menschen nur bis 65 arbeiten? Wo doch die Rente mit 67 längst beschlossene Sache ist. Warum, so der Wissenschaftler weiter, wurden Kinder und Jugendliche, die ja ebenso wie die Alten von der arbeitenden Bevölkerung mit ernährt werden müssen, gar nicht berücksichtigt?

Ein Blick in die Siebzigerjahre ergibt laut Bosbach nämlich, dass damals die Gesamtbelastung der arbeitenden Bevölkerung durch die Alten und die wesentlich zahlreicheren Jungen deutlich größer war als dies 2050 vermutlich der Fall sein wird. Von Unfinanzierbarkeit der Sozialsysteme war dennoch keine Rede. Und schließlich stellt der streitbare Statistiker den Mythos von den innovations- und kraftlosen

Alten infrage. Schließlich seien alternde Gesellschaften wie Japan und Deutschland wesentlich wohlhabender als die vielen jugendlichen Nationen in Asien und Afrika.

Die demografische Katastrophe scheint also auszufallen. Bosbach und Kistler sehen in der Schwarzmalerei daher vor allem den Versuch, mit der an sich positiven Alterung schlechte Politik zu machen. In Wahrheit gehe es um den Versuch, den eingangs erwähnten, gewachsenen Reichtum und die Produktivitätszuwächse der kommenden Jahrzehnte zugunsten Wohlhabender umzuverteilen.

Würde das Volkseinkommen nämlich gerecht auf alle Menschen in Deutschland verteilt, wären höhere Sozialbeiträge für Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung kein Problem. Doch die Politik klammert sich lieber an das Mantra der Beitragssatzstabilität und untergräbt mit immer neuen Sparrunden das Vertrauen in die umlagefinanzierten Solidarversicherungen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird damit weiter wachsen – und die Alterung der Gesellschaft zur Rechtfertigung dieser Politik instrumentalisiert.

Autor



Armin Jelenik,
stellvertretender
Ressortleiter Poli-
tik der „Nürnberger
Nachrichten“